

Die Große Sache

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Redaktion: Berlin SW 49, Wilhelmstr. 114 II. Herausdr.: Kurt Liebknecht 3334 u. 3335. Expedition: Berlin SW 88, Friedrichstraße 217 II. Druckerei: Ami Lüttow 5730. Rechtshilferichter: Münchnerstr. 144, Erdgeschoss (am Anhalter Bahnhof).

Schriftleitung:
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Aboabonnementpreis für Deutschland monatlich 1.50 M.
Ausland monatlich 3.50 M.
Einzelpreis: die gehaltene Nummern-Zeile 25 Pf.
Keine Anzeigen: Nebenrichterwort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf.

Der Club des 7. Dezember

Die am 7. Dezember, am Vorabend ihrer beschäftigten kriegerischen Taten ausgebogene Gesellschaft von Söhnen zahlschwächiger Väter hat in Erinnerung an diesen Tag und in Fortführung des beschlossenen Spießhandwurtes sich neu konstituiert und sich den festlichen Namen „Club des 7. Dezember“ gegeben.

Der günstige Wind, aus dem unsere Rebellen seit einigen Tagen lebt, weht uns ein Blatt auf den Tisch, aus dem alles zu erkennen ist, was man braucht, um die Tätigkeit dieser Gentleman-Spiele zu erleben.

Club des 7. Dezember

1. Vorsteher Wolff	1
2. Rassenant Staven	1
3. Spionage Liebknecht	2
4. Spionage Luxemburg	2
5. Spionage Spartakusbund	2
6. Spionage Antipartiatus	2
7. Pressefreiheit Jach	1
8. Propagandistenjagd	1
9. 3. L. G.-Dienst Berghäuser und 6 Herren	1
10. Trappendienst Zirner und 4 Herren	1
11. Versammlungsbetrieb Marx und 12 Herren	1
12. Frauen Dienst 2. L. Goewindel u. 2 Damen	1
<hr/>	
Gesamtbetrieb 8 Damen	
<hr/>	
Dann kommt der Club-Jahr-Katalog für folgende Jahre: Beleidigung des Gen. Liebknecht, Beleidigung der Gen. Luxemburg, Beleidigung des Spartakusbundes in Allgemeiner, „Spionage Antipartiatus“, das heißt wohl Anwerbung von Kadetten innerhalb des Spartakusbundes, „Verzammlungsbetrieb“ soll wohl heißen, Dirigierung von Sprengstoffen, Verzögern wird, daß „Frauendienst“ drei Damen vorbehalten ist. Das hätte sonst falschen Vorstellungen erweckt.	
<hr/>	
Die Herrschäften scheinen die lieblich bissende Rolle des „Daseins“ aus der französischen Revolution zu spielen, mit dem Unterschied, daß sie sich um den Grad verächtlicher und hinterhältiger bemühen, als die deutsche Bourgeoisie überhaupt die herrschenden Klassen von 1789 zu Verächtlichkeit übertragt.	
Wir hoffen, recht bald einen bieker Spiegel hier im Hilde wiederher zu führen.	
Baldigst aber möchten wir den Vorsteher des Clubs, den stand. mod. Albert Wolff in Schöneberg, Moltkestraße 66, bitten, seine Fahrtkarte auf der Rebktion in Empfang zu nehmen, wohin sie der gleiche günstige Wind getragen hat.	

Sitzung des Groß-Berliner Vollzugsrates.

Der Groß-Berliner Vollzugsrat beschäftigte sich in seiner Sonnabtagssitzung zunächst mit Betriebsangelegenheiten. Es ist festgestellt worden, daß von den Gewerkschaften Arbeiter per Vollzugrat gedrängt werden in Angelegenheiten, deren Regelung in erster Linie den Gewerkschaften zufällt. Der Vollzugsrat bestätigt ein solches Vororgehen der Gewerkschaften und überlässt die Angelegenheit zur näheren Prüfung dem Vorsitzenden für Betriebsangelegenheiten.

Eine längere Diskussion entspans sich über die Sitzungen im O. K. Das Zusammengehen der deutschen Truppen mit russischen Streitkräften der Entente, das Beibehalten des Reichsdeutschland-Wappens sowie die Verbesserung eines Grenzabschnitts und für die Baltische Landsmannschaft wurden einer gründlichen Besprechung unterzogen, wobei sich verschiedene Ausschusse der Vollzugsräte einzubringen, je nach der Ausrichtung, ergaben. Die Aussprache endete schließlich in der Annahme folgender Urteile:

- Der Vollzugsrat willigt die Kaverbarungen für die balt. Landsmannschaft.
- Der Vollzugsrat bestimmt auf das längste die durch den Telegramm vom 26. 12. 18 an das Delegierten der Öffentl. Vermögensverwaltung beigebrachten Maßnahmen des deutschen Reichsdeutschland-Wappens, wozu freiwillig einsatzbereite Verbände zum Kampf des baltischen Landes gegen die Bolschewiki verpflichtet werden sollen.

Die Frage des Grenzabschnittes im allgemeinen wurde an die Militärräte übertragen, die feststellen hat, welche Stellung der Räte längst in den Grenzabschnittsfragen eingenommen hat. Außerdem soll in diesen Fragen die Staatsanwaltschaft des Generalstaates berücksichtigt werden.

Entschieden waren in der Sitzung Vertreter der Nachbargrenzen

Socialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei aus Neubölln, die mitteilten, daß der Bekämpfung des Vollzugsrates vom 31. 12. 18, die Wahlen zum A. und S.-Rat Neubölln betreffend, von sozialdemokratischen Ausschüssen ausgegangen sei. Der Deputationswitz antwortete, mit dem Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in Neubölln eine Verständigung zu suchen. Außerdem soll die Angelegenheit in einer baldmöglichst stattfindenden Sitzung des Komitees aller kommunistischen Arbeiter- und Soldatenräte Neubölln auf Sprache gebracht werden.

Club gegen Rudels

Berlin, 2. Januar. (R. L. D.) Aus Anlaß des unheilvollen Ein-

dringens von Rudels und Genossen nach Deutschland hat die deutsche Regierung folgenden Zuspruch nach Moskau gerichtet:

Vor einigen Tagen ist Karl Radek, der Chef der russischen Propaganda, nach einigen Genossen unter Umgehung der Grenzkontrolle in Berlin eingetroffen. Er ist in einer Verhandlung für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Entente eingetreten. Radek und seine Genossen werden die Folgen ihres auerordentlichen Schrittes zu tragen haben. Die deutsche Regierung aber sieht sich genötigt, gegen das Einreden der russischen Vertreter nachdrücklich Einspruch zu erheben. Das Verhalten Radeks wird sie darin bestärken, der Auflösung von Vertretern der russischen Sovjetregierung auch scheinbar Widerstand zu leisten.

Ferner hat sie Ober-Ost und dem Generalrat der Öffentl. sowie sämtlichen Soldatenräten im Osten folgendes Telegramm zu geben lassen:

Der bekannte Chef der russischen sozialdemokratischen Propaganda und sozialrevolutionäre Sektor Radek ist vor einigen Tagen dem Verhandlungen anderer sozialrevolutionären Vertretern in Berlin eingetroffen und hat hier in einer Versammlung der Spartakuspartei öffentlich für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Entente gemeinsam mit den Bolschewisten gesprochen. Die russischen Vertreter haben es angeblichlich verstanden, sich bei Grenzkontrolle in unbefugter Weise zu entziehen. Wir bitten, zu untersuchen, wie dies möglich gewesen ist, und ersuchen, mit allen Kräften darauf Bedacht zu legen, daß der Grenzschutz auch in dieser Beziehung nicht nachläßt, und daß alles dazu getan wird, um das Eindringen der Anarchie nach Deutschland zu verhindern.

Äußerst der Anarchie ist Ober-Ost, der einen neuen Krieg im Osten schlägt. Daß Genosse Radek für den Bürgerkrieg in Deutschland gesprochen hat, ist eine Lüge.

August Winnig abgesetzt?

Berlin, 2. Jan. (R. L. D.) Die Verhandlungen des deutschen Gejackets bei der britischen und französischen Republik, Aug. Winnig, mit Zeichnung entspricht nicht den Tatsachen. Der Bekanntete Winnig hat die Auffassung des englischen Admirals über die Rückführung der deutschen Truppen aus Russland und die damit im Zusammenhang stehende Belästigung der russischen Bolschewisten einfach entgegengestellt.

Doch die Auffassung der britischen Regierung und der Waffenstillstandskommission fügt mit der des englischen Admirals und der Entente überhaupt keineswegs deckt, hat die in den Morgenblättern vom 2. Januar veröffentlichte aufschlüssliche amtliche Vorlegung der Waffenstillstandskommission über die Entstehung des Wortes des Artikels 12, Absatz 2 des Waffenstillstandsertrages ausdrücklich bestätigt: Deutschland hat ein Recht, aber keine Pflicht, die deutschen Truppen in Russland so lange zu lassen, als es die Entente für richtig befiebert.

Noch wichtiger darf als Grundlage für die Fortsetzung der militär-politischen Offensive nur die erwähnte aufschlüssliche Darlegung der Deutschen Waffenstillstandskommission vom 2. Januar dienen.

Im übrigen ist zu bemerken, daß die Reichsregierung ins Einverständnis mit der Waffenstillstandskommission gekommen ist, doch der Bekannte Winnig ist in der Räumungsfrage als unzureichend erklärt. Denn die hier in Betracht kommenden Einzelfragen gehören zum Sphärengebiet der Waffenstillstandserklärungen. Demgemäß werden die weiteren Verhandlungen ausschließlich von der Waffenstillstandskommission geführt werden.

Deutsche Waffenstillstandskommission.
Danach scheint die Sache wohl so zu liegen, daß jetzt den bürgerlichen Erbgeringen die Scham überkommen angeht, den schwächeren Winnig mit den Engländern über deutsches Menschenrecht treten.

Der erste Parteitag.

Der revolutionäre Bundestag des deutschen Proletariats hat sich zu einer selbständigen politischen Partei zusammengetroffen. Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands ist erfügt, wie die Eröffnungsrede es im Rahmen ihrer allgemeinen Auflösung von Anfang an beabsichtigt auftritt und vornehmlich nicht als Parteidankungsfeier, nicht als eine soziale Demonstration, sondern als jenes Wahlrecht der Selbständigkeit der Deutschen Proletarientum "gründliche" Spaltung. Sie hat sich als authentisches Produkt der historischen Entwicklung, als Ausdruck des Werdeganges der deutschen Proletarientum, nicht als Erkrankung des politischen Sozialismus der proletarischen Massen zu geben. Die Gründung der Kommunistischen Partei endigt sich am Dienstagabend, der die erste Phase der bewußten Gewerkschaftssozialität und die zweite Phase eröffnet.

Die Illustration des 2. November hat gespürt, keine Angst mehr zu haben an den Tag getreten. Die erstaunliche Gewinnahme eines Gewerkschaftsvereins auf dem einen Teil bestätigt die kommunistische und sozialistische Kontrolle der revolutionären Soziale und dem anderen Teil, der Konservative und noch mehr die offizielle Spalte des Reiches bringt eine energische Distanzierung nach Süden in den Industriezonen, in der Arbeiterschaft und Gewerkschaftszone.

Stärkung der Gegenpartei, Verstärkung der Gewerkschaft, neue Raffen und die Selbstbestimmung der Gewerkschaft; das sind die Dokumente, aus denen die kommunistische Partei Gewerkschaftssozialität geboren und denen zu Diensten für die Zukunft bezeugt werden. Die Leidenschaften und Furchtlosigkeit sind der Ausdruck der Gewerkschaften der "Internationalen Kommunisten" sowie die beispiellose Verhandlungen über den organisierten Gewerkschaftssozialität des Gewerkschaftsvereins und des revolutionären Gewerkschaftsvereins der Gewerkschaftssozialität zu setzen. Dabei auch die Verhandlungen für den August nicht nach politischen Ergebnissen gezeigt, so sind sie doch vor der Erfahrung eines ganz sozialistischen, unmarktfähigen Proletariats der Vereinigung oder wirkung proletarischen und sozialistischen Gewerkschaftssozialität in einem organisierten Rahmen. Daß die revolutionären Gewerkschaften, die wortähnlichen Verträge des Gewerkschaftsvereins der Gewerkschaftssozialität, nicht dem Spartakusbund gehörten, hat die Gewerkschaftssozialität ihrer Seite in allen bisherigen revolutionären Aktionen der Gewerkschaftssozialität bewiesen. Solche durch Taten hergestellten Beweise sind die einzige reale und wirkliche Basis des organisierten Gewerkschaftssozialität, sie sind aus den Gewerkschaftsvereinen der proletarischen Massen aus dem Lebensinteresse der Revolution geboren, und darum zeigt die Gewerkschaft, daß die letztere Regel der Dinge die revolutionären Gewerkschaftsvereinen über kurz oder lang in das eine rein proletarisch-revolutionäre Gewerkschaftssozialität, zur kommunistischen Partei Gewerkschaftssozialität führen wird. Die Gewerkschaften, die Gewerkschaftsvereinen, die sich diesem Schritt zur Stunde noch in dem Weg stellen, sind selbst ein Unvergleichliches Verhandlungsprodukt der U. S. P., ein Werk der gerechten und partizipierenden Gewerkschaften, an denen diese Partei zu Grunde geht. Damit ist aber gegeben, daß die gewerkschaft und wirklich revolutionäre Gewerkschaften der U. S. P. auch über diesen Weg hinausgegangen werden, doch sie sich aus der erschöpften Atmosphäre der Partei, die in Wirklichkeit eine noch ein Stababer ist, sehr bald vornüberwerfen müssen, wo der revolutionäre Kampf keinen Raum und kein sozialistischer Auswand gefunden hat.

Zum geschlossenen Wirken ohne Zeitverlust tritt die Gewerkschaft in der Tat mit gebietender Stärke. Mit dem Übergang zu ihrer zweiten Phase hat sie die Erwachsenen, die sie den Massen des Proletariats stellt, ins Gewerkschaftssozialität, ihren Platz im ewig erweiterten, die revolutionäre Proletariat tiefer in das Gewerkschaftssozialität. Der Übergang der Gewerkschaftssozialität der Gewerkschaftsvereine am 2. November in eine ausgerückte Volksrevolution, der überflächlichen rein politischen Umwälzung im engen langwierigen Prozeß der wirtschaftlichen Gewerkschaftssozialität, unterlegung sozialen Arbeit und Kapital erfordert von der revolutionären Gewerkschaftssozialität einen ganz anderen Grad der politischen Weise, Schulung, Befreiung, als wie sie der erfahrene sozialistischen Klasse genügen.

Freitag, 3. Januar, abends 7 Uhr: Fraueneröffnungen

Es gilt nun mehr, an Stelle der revolutionären Stimme allenfalls die unbedeutende revolutionäre Übergang, an Stelle des Spontanen das Systematische zu setzen. Es gilt, um die ganze Summe der Erfahrungen der ersten Periode bereichert, nunmehr an die Fundamentelegung für den sozialistischen Bau heranzugehen. Es gilt, dass U.- und S.-Rückzüge aus einer Improvisation der Stände zu jenem ehemaligen Kaiser zu machen, der dem Kaiserhaus eine öffentliche Macht der Gesellschaft sichert.

Und noch eins! Was wir bisher, seit dem 9. November, erwartet haben, war eigentlich keine Revolution; es war eine lange Reihe zerstörter, lokaler Revolutionen und Revolutionschlägen, zum Teil nicht ohne operettierte Füge, in deren Mittelpunkt stand die ganze Mistekarie der deutschen Herrschaft und Zurückbleibenheit und demgemäß auch die Herrschaft der revolutionären Armees des Proletariats spiegelte. Auch diese natürlichen Schwächen der Anfangsphase müssen überwunden werden. Die große einheitliche deutsche Revolution muss durch die politische und soziale Kriege der proletarischen Massen in ganz Deutschland vorbereitet werden, durch die Vorbereitung der Bewegung über ihre lokalen Grenzen und Zuständigkeiten zu dem gemeinsamen Ziel, auf die gemeinsame Kampffronte.

Gegenüber der traditionellen „Marxstein“-Auffassung des eben geschlossenen Parteitages und seines Werkes, sei es offen gestanden, dass der Parteitag das ihm vorliegende Werk zur Bruchstückweise, nur andeutungsweise hat vollbringen können. Selbst ein Fragment der Revolution, teils es auch darin ist, sich seiner genugenden Gründlichkeit, seiner erprobten Arbeit richten zu können.

Was er aber geleistet hat, scheint uns dennoch im Wesen das Wichtigste zu sein: er hat die Summe unter den geistlichen Lehren der bisherigen Revolution gezogen, die weiten Brüderlinien der kommunistischen Entwicklung gewiesen, einen breiten Appell an das Gesamtproletariat Deutschlands zum klassischen Kampf erhoben.

Der Geist, der aus den Deutungen aller Teile des Dokuments sprach, liest zufrieden hoffen, dass wichtige Arbeit geleistet, dass der Appell nicht ohne Echo bleiben, dass die kommunistische Partei Deutschlands als Stoßtrupp der proletarischen Revolution zum Totengräber der bürgerlichen Gesellschaft wird.

Das gilt es mit einer Kraft aus Werk zu gehen. Wie Recht und Erfolg seiner Ausführungen folgt:

Die gewonnenen politischen und sozialen Entwicklungen, der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft, das sind die bestrebenen Propagandisten der sozialen Revolution.

Einziges Anliegen ist, diese Propaganda der objektiven Verhältnisse mit Klarheit, Energie und Begeisterung zu unterstützen und zu leiten. Das deutsche Proletariat zu dem gewaltigen Hammer zu schmieden, der die Machtsherrschaft zerstören wird, das ist die geschickliche Mission der kommunistischen Partei Deutschlands.

Politische Übersicht.

Ein Irrtum.

Das revolutionäre Östland — Vertretendheit der Deutschen Großbürgertums veröffentlicht ein Schreiben an die Mitglieder der R. S. D. R., in dem es auch kritische Bemerkungen über den rechten Flügel der R. S. D. R. macht. Die revolutionären Österreicher und Vertreter der Kommunistischen Partei austreten, sondern vielmehr in der kommunistischen Partei auftragen, sondern halten es ihrer Überzeugung ge- genwärtig, dass bei einem sozialistischen Staate in die kommunistische Partei einen Einfluss auf Organisationen und Taktik dieser Partei zu schaffen. Da die Reichsbürgertum der Kommunistischen Partei die Fortsetzung der revolutionären Österreicher und Vertreter der Kommunistischen Partei und soll ein unabreißbares Gegengewicht stellen, das in die geschickliche Mission der kommunistischen Partei eintritt.

Die Hoffnung, dass es die Kommunistische Partei nicht bereit gewesen sei, den revolutionären Österreichen und Vertretern einen befriedigenden organisatorischen Vertretung einzuräumen, ist falsch. Die Kommunistische Partei war dann bereit und sie ist es auch nicht.

Die revolutionären Österreicher kommen aus diesen unzufriedenden Aussichten heraus zu dem Entschluss, noch weitere wichtige Teile R. S. D. R. zu bleiben und mit aller Energie auf Wahrung eines Parteitages in allseitiger Art zu dringen. Dieser Entschluss bedeutet das Wiederaufholen eines Weges, der, wie die Untersuchungen haben, nicht zum Ziel führte und nur die Fortsetzung einer qualvollen Situation bedeutet, aus der es nur einen Ausweg gibt: den, den der R. S. D. eingehalten hat.

Die R. S. D. hofft, dass die revolutionären Österreicher und Vertreter der Kommunistischen Partei diesen Weg bald als den allein geeigneten erkennen werden.

Wie Riga neu „reformiert“.

Was W. L. B. meint:

Berlin, 1. Januar. Der bisherige Unterstaatssekretär *Ernst von dem Busche* - Haddenhausen hat einen mehrmonatigen Urlaub nachgedrückt und erhalten. Zum Unterstaatssekretär ist der bisherige Direktor der polnischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Freiherr Langweth von Zimmermann ernannt worden; weitere Veränderungen in der handelspolitischen Abteilung und in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes stehen bevor.

So sieht die „Reformfähigkeit“ des Grafen Manzau im Auswärtigen Amt aus. Ein Exemplar der alten Verantwortlichkeit des Auswärtigen Amtes — jener Gesellschaft, die während und vor dem Kriege die insinante Konsolidierung getrieben hat — geht, ein anderes rückt an seine Stelle.

Eine revolutionäre Regierung würde dieser ganzen Geschäftskette aufdringen, und sie dann vor ein Revolutionskomitee stellen.

Was wie aussieht die Oberste Regierung ohne diese professionellen Konsolidierer leben? Mit den Methoden der Bourgeoisie kann man sie auch ihr Porzellan.

Die Rückzug Riga's.

Riga, 1. Januar. (W. L. B.) Am 21. Dezember haben die deutschen Streitkräfte der eisernen Division ihre Stellungen bei Hinzenberg räumen und sich auf die Rückstellung zurückziehen müssen, die nur wenige Kilometer von Riga entfernt ist. Der deutsche Gesandte, der sich tags zuvor im Panzerzug in die vorherigen Stellungen begeben hatte, um sich über die Lage zu unterrichten und die Truppen an den Standorten anzuzeigen, traf die kleinen deutschen Streitkräfte bereits in einer so besetzten Lage, dass ein Halten der Stellungen von Hinzenberg unmöglich schien. Mit dem Augenblick, in dem die Truppen der Bolschewiken die Vorräte erreichend haben, ist die Rückzug Riga's unvermeidlich geworden, besonders, wenn man die Stadt können und nicht einer Einnahme mit kürzender Hand ausziegen will. Die englische Flotte hat sich entsprechend erklart, ihrerseits helfend und schützend einzugreifen. Unter diesen Umständen ist, nachdem der Abtransport aller Truppen sich vollzogen hat, die Rückzug Riga's noch in dieser Woche beabsichtigt worden. Die Alten der Gesandtschaft und der höhere Teil des Personals sind bereits nach Mitau übergesiedelt, der Gesandte mit seinem ersten Stab ist noch in Riga geblieben, um erst im leichteren Augenblick ebenfalls nach Mitau zu gehen. Da noch laufend Reichsdeutsche sich in Riga anhalten und große Werte an Material und Gerät noch nicht abtransportiert sind, wird auch noch der Rückzug der Gesandtschaft nach Mitau ein Vertritt der Gesandtschaft mit etwaigen Hilfsbehörden in Riga bleiben, um die reichsdeutschen Interessen auch gegenüber den Bolschewiken zu vertreten.

Die „Eiserne Division“ steht viel Bruchmetall in sich zu haben. Ein hässlicher Anfang des Anti-Bolschewistenkrieges. Der „deutsche Gesandte“, der die „Eisernen“ (10 Meter pro Tag aus der baltischen Landesfeste) anfeuert, ist niemand anders als August Winnig, deutscher Gewerkschaftsführer. Offensichtlich haben die Mannschaften verhindert, sich von einem Winnig anfeuern und derselben zu lassen.

Die Entente sucht Hilfe.

Das Regierungskapitel der „sozialistischen“ Regierung Ebert-Scheidemann, der „Vorwärts“, hat die Pflicht im selben Grade schamlos zu sein als das früher, als seine Herren schamloser sind als die früheren Herren. So der Morgenblatt vom gestern verteidigt dieses Schandblatt die deutschen Truppen gegen die Annahme, sie könnten etwa nicht bereit sein, ihre russischen Brüder anzuschlagen.

Die Annahme der Entente, als ob unsere Truppen eigenmächtig oder gar auf höheren Befehl des Bolschewismus absichtlich Vorschub leisten, sei es direkt oder durch Verhinderung antibolschewistischer Maßnahmen, ist nicht zu treffend.

Auch wir und unsere Truppen sehen in dem Bolschewismus eine außerordentlich grobe Gefahr und tun alles, um diese Gefahr abzuwehren.

Fremdlings versichert dieses Blatt, das noch immer das Wort „Sozialismus“ im Minus hält, dass alles in Deutschland bereit sei sein Leben zu lassen für den Kapitalismus der Entente.

Über: die beim „Vorwärts“ und seiner Regierungskommission zur Verfügung stehenden Kräfte sind leider nicht groß genug, um die russische Revolution zu erdrücken. Wo wird die Entente eingeladen, mit den Ebert-Scheidemann zusammen Handwerk zu leisten.

Wenn die Entente die Annahme hat, der Bolschewismus sei die Gefahr, der auf jeden Fall und mit allen Mitteln entgegengesetzten werden müsse und wenn sie der Ansicht ist, dass unsere Kräfte dieser Aufgabe nicht genügen, wäre es zweckmäßig, wenn sie selbst ihre Lösung, in die Hand nehmen oder wenigstens sich daran beteiligen würde.

Zu den schlimmsten Tagen des Weltkrieges wurde für den denkbaren ungünstigsten Ausgang dieses Krieges der gehalten: dass am Schluss die Wilhelm von Hohenzollern mit den Lloyd George und Poincaré sich verbünden, um gemeinsam die aufstrebenden Proletarien zu verteidigen. Diese schändlichste aller Bündnisse hält sich an, nur mit einem Unterschied: der deutsche Partner heißt nicht mehr Wilhelm sondern Ebert und ist nicht der Mitgeschleppie sondern der Einzelne.

Ohne, nem Thys gebürt!

Die polnische Frage.

Als reichsdeutsche Geschäftsführerin der vertriebenen deutschen Bourgeoisie hat die Regierung Ebert-Scheidemann selbstverständlich auch alle Positionen ihrer Geschäftsführerin zu erledigen. Eine der drückendsten dieser Positionen ist die Frage der deutsch-polnischen Provinzen. Die Oberhälfte der Provinz Polen befindet sich seit ein paar Tagen im Aufstand und die Polen haben die Gewalt an sich gebracht. Und zwar gleich so sehr, dass der preußische Minister Ernst, der hingekrochen war, um den Schaben zu beschönigen, entlassen wurde, doch der alte Siebziger warf ihm, dass nicht einmal das altpreußische Rezept — Regimenter, Borsenette, bloße Bohnen — mehr verlangt. Und der Weg der Olden ist nicht weniger gängig: ancheinend hat die Ebert-Scheidemannsche Freiheit, die in der Ossipowitzstraße, im Lustgarten, in Rheinland-Westfalen und Oberhessen ihre leuchtenden Blüten trug, den Polen offen gehalten verborben.

So möcht die Bourgeoisie und sie in ihrem Namen handeln Ebert-Scheidemann im Osten den sozialen Befreiung, der niemanden nach allem Vorwiegengangen wünschen darf. Freilich wird auch die polnische Bourgeoisie nicht lange der neuen Errungenschaften sich freuen. Die proletarische Revolution in Russland, die zumindest proletarische Revolution in Deutschland zwischen diesen beiden Jahren wird die polnische Bourgeoisie bald warm werden. Was die Bourgeoisie treibt, wird die proletarische Revolution einigen.

Die Waffensbeschaffung des Polizeipräsidiums.

Berlin, 1. Januar. Die Abteilung Waffenkontrolle des Sicherheitsdienstes Groß-Berlin sendet uns eine Nachfrage über die in den Märkten vom 1. Januar erschienenen Angaben betreffs Waffenbeschaffung, in der es heißt: Für die Beschaffung der dem Berliner Polizeipräsidium unterstellten ca. 2000 Sicherheitsbeamten, 6000 Schuhputze, 2000 Ordnungskräfte, zusammen giebt 12 000 Mann, sind angefordert: 1500 Schuhputze, 6000 Polizisten, 100 lange Schiffe, zusammengesetzte

Sicherheitspolizisten. Gefordert sind: 200 Schuhputze, 200 Polizisten, 200 lange Schiffe, zusammengefasste Sicherheitsbeamten (keine Maschinengewehre). Rückständig: 700 Schuhputze, 1200 Polizisten.

Um 17. Dezember erfolgte Waffenbeschaffungen erstmals von vordringlich einwandernden Menschen Waffen. Demnächst wurde am 18. Dezember bereits die Vergleichung auf die Beschaffung der benötigten Waffenobjekten unterstellt, bis auf 1900 Pistolen, die zur Verschaffung der vorbereiteten Mannschaften, als unerlässlich und dringend gehalten wurden.

Zur Nachstellung über den Aktenzug ist festgestellt: Die neu einzustellenden 3000 Sicherheitsbeamten waren mit Geschichten auszurüsten und sollten für den Dienst mit Pistolen ausgerüstet werden. Desgleichen waren 3000 Granaten sowie zum Teil wieder mit Pistolen neu zu bewaffnen, nachdem in den Wirken des 9. November ein großer Teil der selben abhanden gekommen war.

Hierzu kommen die an die unterzeichnete Abrechnung als Zentralstelle des Polizeipräsidiums Groß-Berlin geschickten Anforderungen an Sicherheits- und Pistolen, die nach wie inlich an die verschiedenen Regierungskommissionen, Kommandatur, Polizeipräsidium und Gemeindebehörden der Provinzen von inzwischen circa 1100 Stück eingegangen sind. Ferner die an örtliche Justizämter (Mecklenburg usw.) und Warenhäuser gegen Sicherheitsleistung überlassenen Pistolen.

Maschinengewehre sind weder angefordert noch geliefert, sondern giebt es 150 Meter lange zusammengefasste Sicherheitspistolen zur Verschaffung bestehender geführter Posten, für die eine kurze Handpistole geboten ist.

Vollkommen erfunden ist die Angabe über die Einsammlung von Waffen. Dieselbe ist planmäßig vorgenommen und geben die vorhandenen Belege hierüber Auskunft.

Bereits Wafführung der eingesammelten Waffen und Ausrüstungsteile ist die neu eingerichtete Verwaltungsstelle bereits am 20. Dezember telefonisch um Abholung zu wiederholten Male ersucht worden. Die im Hofe Bataillon vorgefundene Maschinengewehre und Gewehre sind am 9. November von einem Offizier aufgestellt und bedient worden. Seit dieser Zeit hat der Sicherheitsdienst eine Sammelstelle für Waffen und Ausrüstungsteile dort unterhalten, die jedoch am 26. Dezember wieder eingezogen ist, nachdem bereits der Kommandant an derzeitige Sammelstellen eingedrungen war.

Die Regierung stimmt.

Niedrige Erhöhungen von gestern und vorgestern scheinen der Regierung Ebert-Scheidemann und ihrem journalistischen Bruder „Vorwärts“ auf die Nerven gefallen zu sein.

Nachdem man erst geglaubt hat, man könne die peinliche Geschichtewidrigkeit, sieht sich angefischt des erdrückenden Materials der „Vorwärts“ gezwungen, ein vorzügliches für seine Brüder zu reden.

Er macht das mit aller Täppischkeit eines Diebes, der auf frischer Tat erwischt ist. Gerücht, die Regierung werde Ersuchen — Wer zu welchem Preis?

Die Regierung wurde durch Genossen Winterfeldt zum ersten Malen aufmerksam gemacht und kann nunmehr leicht zu Weiß und Rott zu ermöglich.

Das klingt ja törend. Aber es eheilt sich die Fragen, warum sind diese Mannschaften nicht schon längst bei Werk und Kind? Zumal wir doch mit Russland längst im Frieden leben?

Darauf gibt der General von Winterfeldt Antwort in seiner Darstellung, wie der Waffenstallhand mit der Entente und speziell dessen Artikel 12, der von der Belebung der russischen Osseeprovinzen handelt, zustande kam.

Der ursprüngliche Wortlaut der Waffenstallhandbestimmungen forderte die sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen von den besetzten russischen Gebieten. Die deutschen Vertreter schlugen jedoch vor, im Interesse der Bewohner dieser Länder, die deutschen Truppen vorläufig dort zu belassen.

Also: die Entente wollte die deutschen Truppen aus den Osseeprovinzen heraushaben, Russland wollte sie auch heraushaben, aber die Regierung Ebert-Scheidemann, damals noch verstärkt durch Haase, bittet darum, die Truppen noch vorzulassen zu dürfen nicht in deutschem Interesse, wie es jetzt heißt, nicht einmal im Interesse der deutschen Kapitalisten sondern im Interesse der Einwohner dieser Länder" das heißt: der mit dem Blute zweier russischen Revolutionen beduldeten baltischen Bevölkerung.

Das ist der Gipfel der Frivolität, der hier entblößt wird. Hunderttausende deutsche Proletarier müssen jetzt zum fünftausendsten Male, die Schreden eines russischen Winters über sich ergehen lassen, wo sie schon längst zu Hause sein könnten, wenn nicht die Ebert-Scheidemann sie an die baltischen Barone verlaufen hätten.

Und weitere Hunderttausende kommen dadurch in tödliche Wechs. Die Niederträchtigkeit der Ebert-Scheidemann hat Russland die soziale Recht gegeben, gegen Deutschland Gewaltmaßregeln zu ergreifen. Russland kann heute den dritten oder fünfhunderttausend Mann in der Ukraine die Rückkehr abschneiden.

Die Regierung Ebert-Scheidemann hat nicht den geringsten Versuch gemacht, im Wege des Nebenkommens mit Russland die Soldaten im Osten nach Hause zu bringen. Sie hat durch ihre kriegerischen Maßnahmen gegen Russland deutsche Proletarier Totengefahrt ausgesetzt.

Das deutsche Proletariat hat die Pflicht diese Regierung, die das Leben von einer Million deutscher Soldaten schamlos aus Spiel gesetzt hat, die das ermattete deutsche Proletariat in einen neuen Krieg hineinzieht, zu bestrafen.

Die Frivolität der Ludendorff-Hindenburg wird durch die Oberste noch übertroffen um die Unzulässigkeit die hier zu jedem Verbrechen sich gezeigt.

Aus der Internationale.

Der englische Wahlkampf und die revolutionäre Welle.
Die Stärke der revolutionären Welle Englands spricht sich während des Wahlkampfes der Bevölkerung noch keiner besondres deutlich wieder. Es herrscht eine machtbolde Gewaltlosigkeit der Bourgeoisie, William, McMonigal, doch ihre Durchsetzung eines abhängigen, wahlrevolutionären, antikommunistischen Befreiungswesens ist nicht zu rechnen. Sie brauchen Hindenburg und seine Käffizienten für den neuen Krieg, den sie um ihre schonende Macht zu führen, im Osten einzufesseln haben.

Nur der Friede der einzelnen T.-Räte, die Freigabe der Kommandogewalt durch sie wird diesem Militarismus den Hals brechen.

Bei altem weiteres, daß der Kampf der Revolution vor allem ein Kampf gegen den Militarismus sein wird. Auf die Ebert und Hindenburg und ihre Herrschaft ist in diesem Kampf nicht zu rechnen. Sie brauchen Hindenburg und seine Käffizienten für den neuen Krieg, den sie um ihre schonende Macht zu führen, im Osten einzufesseln haben.

Nur der Friede der einzelnen T.-Räte, die Freigabe der Kommandogewalt durch sie wird diesem Militarismus den Hals brechen.

Die Berliner Soldatenräte gegen die Tagesschultheit.

Die Berliner S.-Räte haben in ihrer Sitzung vom 30. Dezember folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Massversammlung der Großherzöge Soldatenräte verurteilt ganz entschieden den im Kapitulat des Berliner Tagesschultheits vom 30. 12. 18 von Theodor Wolff ausgeschriebenen Kapitulationsvertrag. Die Spartakusleute und ihr Anhänger von Parteiführern, verfeindeten Soldaten und Berufssoldatenmärschen zogen wieder hinter Säulen durch die Stadt.“

Ohne sie Frage der politischen Gegenseite zu streifen, steht die Massversammlung auf dem Standpunkt, daß die einfache Rettung es verbietet, in derartig standesärmer Weise das Geschehe der Spät vom 21. Dezember zu beschreiben.

Die Spartakusleute, so wie sie gemeint sind, sind erst dann wirklich und die Einheitigung der Nationalversammlung verteidigt, wenn sie eine wirkliche Macht hinter ihnen steht. Vorläufig ist diese Macht noch bei Hindenburg-Crohn, während die S.-Räte ein Schallentwurf führen. Nur durch energischen Kampf gegen die Rettung, der gleichzeitig ein Kampf gegen den Militarismus ist, werden sie selbst die Gewalt erlangen.

Parteimeldungen.

Die Ortsgruppe Spandau der U.S.P. für die kommunistische Partei.

Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Spandau der U.S.P. hat nach einem Referat des Genossen H. Miller mit 400 gegen 5 Stimmen folgende Entschließung angenommen:

Die am 31. Dezember 1918 tagende Mitgliederversammlung der U.S.P. Ortsgruppe Spandau, berichtet die unheilige Haltung der U.S.P., die durch ihre Unkenntlichkeit dazu beigebracht hat, der Gegenrevolution der bestehenden Klassen den Weg zu ebnen.

In Erkenntnis der Tatsache, daß die U.S.P. nur ein Hülfte der alten sozialdemokratischen Partei ist und kann von bestreiten, überholten ökonomisch-politischen Theorien geleitet wird, die im dämmigen Bereich der Revolution nur schädlich gewirkt haben erklaßt die heutige Ortsgruppe ihren Vertreter in die kommunistische Partei Deutschlands.

Gleichzeitig fordert die Mitgliederversammlung alle Organisationen der U.S.P. auf, sich von den Führern loszutrennen und sich nicht mehr von sogenannten sozialen Erwägungen leiten zu lassen, sondern den proletarischen Klassenkampf durch Anschluß an die Kommunistische Partei Deutschlands offen zu führen.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Der Streik bei Gastwirtschaften.

Die bürgerliche Presse bringt lange Berichte über angebliche Abschüttungen der Gastwirte; so wird über das Coop &c. beklagt:

Die Leitung des Betriebes weigerte sich standhaft, die Fortbewegungen der Kellner anzunehmen. Noch während die Kellner mit einer Kommission verhandelten, begann die Einbringlinie das Lokal plötzlich zu plündern. Es wurde alles, was auf den Tischen stand und sonst erreichbar war, weggeschleppt oder zertrümmert. Die Demonstranten stahlen Silber, Teller, Teelöffel, silberne Gabeln, Weingläser, Kaffeegeschenk und vieles anderes, so daß tatsächlich nur die letzten Teller und Stühle übrig blieben. Das Geschäft schätzte den Schaden auf mindestens 80 000 Mark. Nicht kommt zu trüben, trügen die Demonstranten in den ersten Morgendurchgang in das Lokal zurück und zertrümmerten auch noch die großen Spiegel Scheiben.

Die Unternehmer hatten in einer gesetzigen Versammlung beschlossen:

„In Wiederholung des Beschlusses vom 30. Dezember erklären sich die Arbeitgeberverbände darüber einverstanden, daß das Einigungsamt des Berliner Gewerbeausschusses organisiert ist, wenn eine Einigung auf anderem Wege nicht zu erhalten ist. Die Versammlung beschließt, ihre Berichte, die dem Führer der Kirche nicht präsentieren werden dürfen, soweit es mich thun geschehen ist, sofort zu schicken und dieselben erst wieder zu öffnen, sobald ein neuer Beschluß der Arbeitgeberverbände hierzu erfordert.“

Arbeitslosenabgeltung.

Die vom Arbeitsrat der Arbeitslosen geforderte Abgeltung nach dem Befreiungskampf ist, wenn eine Einigung auf anderem Wege nicht zu erhalten ist. Die Versammlung beschließt, ihre Berichte, die dem Führer der Kirche nicht präsentieren werden dürfen, soweit es mich thun geschehen ist, sofort zu schicken und die selben erst wieder zu öffnen, sobald ein neuer Beschluß der Arbeitgeberverbände hierzu erfordert.“

Arbeitslosenabgeltung.

Die vom Arbeitsrat der Arbeitslosen geforderte Abgeltung nach dem Befreiungskampf ist, wenn eine Einigung auf anderem Wege nicht zu erhalten ist. Die Versammlung beschließt, ihre Berichte, die dem Führer der Kirche nicht präsentieren werden dürfen, soweit es mich thun geschehen ist, sofort zu schicken und die selben erst wieder zu öffnen, sobald ein neuer Beschluß der Arbeitgeberverbände hierzu erfordert.“

Arbeitslosenabgeltung.

Die vom Arbeitsrat der Arbeitslosen geforderte Abgeltung nach dem Befreiungskampf ist, wenn eine Einigung auf anderem Wege nicht zu erhalten ist. Die Versammlung beschließt, ihre Berichte, die dem Führer der Kirche nicht präsentieren werden dürfen, soweit es mich thun geschehen ist, sofort zu schicken und die selben erst wieder zu öffnen, sobald ein neuer Beschluß der Arbeitgeberverbände hierzu erfordert.“

Arbeitslosenabgeltung.

Die vom Arbeitsrat der Arbeitslosen geforderte Abgeltung nach dem Befreiungskampf ist, wenn eine Einigung auf anderem Wege nicht zu erhalten ist. Die Versammlung beschließt, ihre Berichte, die dem Führer der Kirche nicht präsentieren werden dürfen, soweit es mich thun geschehen ist, sofort zu schicken und die selben erst wieder zu öffnen, sobald ein neuer Beschluß der Arbeitgeberverbände hierzu erfordert.“

Arbeitslosenabgeltung.

Die vom Arbeitsrat der Arbeitslosen geforderte Abgeltung nach dem Befreiungskampf ist, wenn eine Einigung auf anderem Wege nicht zu erhalten ist. Die Versammlung beschließt, ihre Berichte, die dem Führer der Kirche nicht präsentieren werden dürfen, soweit es mich thun geschehen ist, sofort zu schicken und die selben erst wieder zu öffnen, sobald ein neuer Beschluß der Arbeitgeberverbände hierzu erfordert.“

Arbeitslosenabgeltung.

Die vom Arbeitsrat der Arbeitslosen geforderte Abgeltung nach dem Befreiungskampf ist, wenn eine Einigung auf anderem Wege nicht zu erhalten ist. Die Versammlung beschließt, ihre Berichte, die dem Führer der Kirche nicht präsentieren werden dürfen, soweit es mich thun geschehen ist, sofort zu schicken und die selben erst wieder zu öffnen, sobald ein neuer Beschluß der Arbeitgeberverbände hierzu erfordert.“

Arbeitslosenabgeltung.

Die vom Arbeitsrat der Arbeitslosen geforderte Abgeltung nach dem Befreiungskampf ist, wenn eine Einigung auf anderem Wege nicht zu erhalten ist. Die Versammlung beschließt, ihre Berichte, die dem Führer der Kirche nicht präsentieren werden dürfen, soweit es mich thun geschehen ist, sofort zu schicken und die selben erst wieder zu öffnen, sobald ein neuer Beschluß der Arbeitgeberverbände hierzu erfordert.“

Arbeitslosenabgeltung.

Wich beschloß die Versammlung einer gewaltigen Arbeitslosen-Demonstration, um in aller Feierlichkeit zu zeigen, wie groß die Not des arbeitenden Volkes schon sei. Mit der Durchführung des Beschlusses wurde der Arbeiterrat des Arbeitslosen beauftragt.

Noch Schluss der Versammlungen zog ein Teil der Arbeiter, etwa 400 Mann, zum Rathausplatz nach dem Abgeordnetenhaus, um dort die Forderungen vorzutragen. Verlangt wurden ein Anteilsgesetz 10 M. für jeden verheirateten Mann, 8 M. für jeden Unverheirateten, 6 M. für jede Frau und 2 M. für jedes Kind. Genosse Ledebour vertrat in einer Rede vom Volke des Friedens, die Forderungen bei der Regierung zu vertreten. Ein Wagen sollte die Friedenslist selbst alles sagen können, daß ihr Recht zuliebe werde.

Die Gasometerarbeiter für Spartakus.

Unter dieser Überschrift schreibt die „Spartakus Zeitung“:

Eher (Muhr), 2. Januar.
Bei seiner Ansiedlung in Hamm hat der preußische Minister Erkell auch in einer Parteiversammlung der unabhängigen Sozialdemokratie gesprochen. Seine Ausschreibungen, in denen er eine sofortige allgemeine Sozialisierung für unmöglich erklärt, führte und die Einheitigung der Nationalversammlung verteidigte, fanden bei allen Diskussionsrednern den Schlag. Bider sprach. Die anderen Rednerei erklärten unter dem Beispiel der S.-Räte ein Schallentwurf führen. Nur durch energischen Kampf gegen die Rettung, der gleichzeitig ein Kampf gegen den Militarismus ist, werden sie selbst die Gewalt erlangen.

Aus Groß-Berlin.

Über die Neujahrsfeier des kommenden „Deutschen Reichs“ in ihrer geistigen Wogen-Romanze:

„Man man früher die Art der „Begrüßung“ des neuen Jahres in Berlin geschmacklos und roh gehalten hat — dieses mußte man sich vor Bildern und Bildern schützen. So stark sind — zumal auf dem ersten hinunternde der Kaiser des Vaterlandes — die Gegenstände der Weltgeschichte und der sittlichen Sitten in der Welt einer Beobachtung wohl keinen offener geworden: auf der einen Seite Menschen, die sich in die Gräben zu den Witterungsnoten dienen drängten, auf der anderen Seiten von Berichten und Handbüchern, sogenannten Sabotons mit ihren Möbeln, dazu noch jenes kleinen Buchs, das alle in unzähligen Weise sich ausstatten, Bogen-Schlangen waren schneller geraten, „Kameradschaft“ zusammen, Militärtreulichkeiten einzubringen, könnten schrift, erzählen. Ein mancher Bürgerstern sollte man verdächtige Sabotons schenken. Um 12 Uhr einen kleinen Tanz beginnen. Erzahl wurde und hörtig von der Verantwortung von Schreinern auf den Säulen an den Seiten, von vielen „Schreinern“ Leibesfüßen aus, Rädchen. Die Säulen waren voll. Vieles hatten nämlich illustriert mit dämmiger Licht. Das ganze schwere Treiben wähnte Hellerzeit bis zum Kirchenbeginn am Kreuzbergort.“

Solange sich die Proletarier im Kriege die Woche für den Bürgerkriegszeitlichen ließen, waren es andere, brennen Feuer, jetzt werden sie „Gedenktag von Kurschen“ genannt. Daß die Frommen, die die Woche hindurch unter Führung des Frommen Gottes die widerlichsten Kriegsgeister grünen sind, von der Schule losgelöst anderer zu reden mögen, ist auch ein starkes Erd.

Götter des Gewissenswangs.

Die Götterdarsteller sind höchstlich erzoll, daß sie Wohl nicht mehr in der Lage seien werden, den unverhältnismäßigen Gewissenswangen weiter auszuspielen, der bisher auf der Jugend des Volkes geklopfelt hat. Römische und protestantische Pfaffen haben für den Neujahrsitag eine Demonstration für Beibehaltung des Befreiungswangens in der Schule arrangiert. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet darüber:

„Noch Schluss der Versammlungen bildete sich ein großer Demonstrationstag, der dem Kultusminister Hoffmann u.a. galt. Unterstehenden Dokumenten auf die neue Feste und statuen. Ritter mit Wiederkreuz und Rosa Engelskreuz“ bewegte sich der Zug auf den Nordseite der Linden bis in die Nähe des Kultusministeriums. Von entstand nun ein unangesehener Durcheinander noch Hoffmann, obwohl das Kultusministerium davon nichts gewußt wurde. Da erscholl plötzlich der Ruf: „Holen wir Hoffmann herunter, raus aus der Kirche!“ Um diese Aufforderung hin eine größere Anzahl von Betonern, die die Mittelpunkte der Linden nach dem Kultusministerium und erzeugte sich dort den Gang. In wenigen Minuten vor das Kultusministerium von Leuten umgestürzt, die eine brausende Haltung gegen Hoffmann einnahmen. Die Engelsgruppen lebten aber gleich mit der Meinung, daß Hoffmann nirgends zu finden sei. Die Meldung wurde mit hundertfältigen Rufen „Hoffmann!“ quittiert. Von einem Auto herab hielt nun Dr. Weißer folgende Ansprache: „Vor diesen Hause, in dem eigentlich die heiligsten Güter des Volkes gesucht und gesucht werden sollen, legen wir entschieden Beweise hier abweinen!“

hier abweinen!

II

III

IV

V

VI

VII

VIII

IX

X

XI

XII

XIII

XIV

XV

XVI

XVII

XVIII

XIX

XX

XI

XII

XIII

XIV

XV

XVI

XVII

XVIII

XIX

XX

XI

XII

XIII

XIV

XV

XVI

XVII

XVIII

XIX

XX

XI

XII

XIII

XIV

XV

XVI

XVII

XVIII

XIX

XX

XI

XII

XIII

XIV

XV

XVI

XVII

XVIII

XIX

XX

XI

XII

XIII

XIV

XV

XVI

XVII

XVIII</

ung ein gegen das Vorgehen des Reichskanzlers Hoffmann, dessen Wohlheit noch übertrumpft wird durch die Dummheit seines Vorgesetzten. Wir geben diesen Mann der Verachtung preis. Wenn Hoffmann erkennt, uns vergeblich zu tunen, so erklären wir, daß wir den Kampf endgültig aufnehmen werden, wie wir ja früher den Kampf mit einem viel Größeren (Bismarck) nicht geweckt haben. Unersichtlich ist der Heute bis die Berdei der äußersten Linke gegen den Volksschatz ins Werk läßt rufen mit: „Nieder mit der sozialistischen Republik!“ Die Versammelten stimmen sofort in höchem und langem die Chorale „Großer Gott, wir loben dich“ und „Ein’ feste Burg ist unser Gott“.

Hierzu nahm Heder das Wort: „Und wenn die Welt voll Lenzel wär“ rufen wir dem Kaiserminister zum Neujahrstrunk zu, so fürchten wir ihn nicht. Wie wollen ihm durch Hoffmann mag sich merken, daß die deutsche Seele kein Verteilenselaber ist, eut dem man belohne herumfliegen kann, und doch die beiden christlichen Kirchen ein Heil sind, an dem man sich leicht den Schädel entkennen kann.“ Nunmehr setzte sich der Zug nach der Wilhelmstraße in Bewegung zur Reichstagsleitung, wo Dr. Baeziger wieder eine Empfehlung brachte. Heder trat sprach zur Reichstagsleitung getreten: „Wir grüßen die Volksbeauftragten mit herzlichem Begehrung und wünschen dabei, daß Baba Baeziger sich nicht wieder verhören läßt, sondern den festen Willen gezeigt, den Forderungen des Kusses Hoffmann zu folgen. Hinten und links Millionen von Bürgern, die nicht gewillt sind, sich kampflos niedertreten zu lassen.“ Der Rechner schloß mit einem Zug auf die neue Partei. Unter Applaus von Sieben bewegte sich dann der Zug durch das

Brandenburger Tor nochmals zum Reichstag. Hier sprachen wieder die beiden Herren Baeziger und Heder; man brachte schließlich Wolf Hoffmann eine regelrechte Enthüllung mit Zähnen und Zähnen.

So begann das neue Jahr mit einem Zug, über den Wolf Hoffmann wohl am meisten gleicher haben wird.

Die Aufgaben des revolutionären Proletariats im neuen Jahr sind das Thema einer öffentlichen Versammlung am 1. Januar im Stadttheater Altonaer Str. Karl Liebknecht sollte über „Die Aufgaben des revolutionären Proletariats im neuen Jahre“ sprechen. Leider war er am Erkranken verhindert; an seiner Stelle sprach Gustav Adolf Schulz, der schon mit der Politik der Rechtssozialisten und der U. S. P. beschäftigt. Er zeigte, daß diese Politik auf eine Stützung der Kapitalisten und Imperialisten des In- und Auslandes hinzu läuft, während es doch Aufgabe einer proletarischen Politik sein müsse, daß revolutionäre Proletariat in allen Ländern zu stärken. Dazu diene nur eine konsequente sozialistische Haltung im eigenen Lande, deren leitender Gedanke die Solidarität des internationalen Proletariats sein soll. Richtigig sei daher, daß das revolutionäre Proletariat alle politische und wirtschaftliche Macht übernehme. Dieses Ziel erzielte die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Die überwiegend konservative Versammlung schwante beim Rechner durch lebhaften Beifall zu. Die Dröhnung deutete sich wesentlich im Rahmen des Rechtes. Mit einem breitlächelnden Gesicht nahm die kommunistische Partei Deutschlands und die Weltrevolution das Proletariat Wolf Hoffmann die von proaktivistischer Stimmlung erfüllte Versammlung.

Arbeiter, sammelt für den Kampfonds des Spartakusbundes!

5 öffentliche Frauenversammlungen

Freitag, den 8. Januar, abends 7 Uhr

Tagesordnung:

Die Frauen und die Nationalversammlung

Ort: Aula des Andreas-Gymnasiums, Kappstraße 75/76

Aordan: Schloss Tiefenau, Badstraße 19

Zionsbüro: Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Voßumer Straße 8

Schöneberg: Aula der 10. und 11. Gemeindeschule, Feuerstraße 57/58

Britz-Reinickendorf: Bedersi Gesellschaftshaus, Chausseestraße 97.

Vereinten: Ausländer, Deutscher, Sozi, Rosa Engelsburg, Regina Huber.

Frauen, Genossinnen erscheint in Massen!

Riesenverdienst.

Strassenhändler, Soldaten, Arbeitslose zum Dienst am neuen Friede der Sozialistinnenmarsch der Toten.

Datum 15. Februar 1919, Uhr 20.00

Leibtreter,

Grenzenbegrenzungstraße 31 m.

Mahnungen u. Zeichenmachern

von Reinickendorf-Ost

erhalten „Die Rote Fahne“ durch

Spedition Kramer,

Schneidersstraße 12

Achtung! Anarchisten!

Freitag, d. 3. Januar, 7 Uhr

abends, bei Lange, Köpenicker

Straße 47

Öffentliche Versammlung:

Thema: Anarchismus u. Nationalversammlung.

Referent: B. Gehr.

Abonnenten u. Zeitungshändler

der Friedenszeitung

erhalten „Die Rote Fahne“ durch

Spedition Schulz,

Rheinstraße 51, Hof 1.

Schlesier, Mechaniker

für kleine, neuartige Praktionsmaschine (Fabrikautomat) gesucht. Hoher Verdienst ev. Selbstständigkeit. Maßnahmefest. Termin 1919. Adressen an G. H. 150, Expedition b. Blätter SW 68, Friedrichstraße 217 erbeten.

Achtung!

Freitag, den 3. Januar 1919, nachmittags 5 Uhr, findet im Pleißastrahnsaal des Alteingeschäfts, Eingang Brünig-Albrecht-Straße, eine

Konferenz der Arbeiter-Räte der U. S. S. R.

statt. Arbeiterräte der S. P. D. sind als Gäste eingeladen. Vortrag des Abgeordneten Ledebour: „Aufbau des sozialen Gemeinwesens in Deutschland.“ Als Legitimation ist die Arbeiterratsliste vorzugeben.

Der Fraktionsvorstand der Arbeiterräte der U. S. S. R.
J. L. Neumann.

Gewerkschaft der Maler Berlins und Umgegend (Syndikalisten)

Mitgliederversammlung

am Sonntag, den 5. Januar, vormittags 9 Uhr,
bei Hammel, Sophiestraße 6.

Aufnahme neuer Mitglieder, zahlreiches und plärrisches Erscheinen ist dringend notwendig.

Gäste sind willkommen! S. L. Der Vorstand.

Hier abstimmen!

Die Große Kohne!

Erfolgszeitung Berlin.

Verkaufspreis für das erste Quartal 1919 zum Preis von 4,50 Mark

für den Monat Januar: 1919 zum Preis von 1,50 Mark

ergänzende Beiträge.

Der Zeugungsbeitrag einschließlich Beitragsporto ist durch den Druckfehler eingetragen.

Name:

Strasse:

Postamt:

Kammertheater

Richard Alexander
zum ersten Mal im Film
im Lustspiel „Papa's Jungen“
mit Weita Petri, Leo Paquet
3. Joe Desblancs „Diplomaten“
Hauptrolle: Heinrich Schröder, Kom. Harry Piel

Mozartsaal

Die Edelsteinfassung
Detektivchauspiel in 4 Akten
mit Viggo Larsen

UFA

Putzow.

Sonntag, den 5. Januar, 10 Uhr vormittags, im Putzow
Theater, Berliner Straße 102

Öffentliche Volksversammlung

Tagesordnung:

1. Die Revolution und die Nationalversammlung.
2. Freie Aussprache.

Referent: Karl Liebknecht.

Genossen, Arbeiter, erscheint in Massen
der Sitzungsraum.

Verlag: „Die Große Kohne“, Hugo Wertheim, Berlin.

Veranstaltungs-Kalender.

5. Januar:

Beirat 2. Freitag, den 3. Januar, abends 7 Uhr, im Hotel „Zum Fischerbogen“, Marstallstraße 17. Räume der Reichstagsversammlung aller Abgeordneten des Spartakusbundes im Fischerbogen.

Freie Jugend „Südost“. Am Freitag, den 3. Januar, abends 7 Uhr, findet im Hotel „Zur Wilden“ Görlitzer Str. 52, eine Versammlung mit Vorberatung statt.

Freie Jugend, Gruppe „Zehn“ Berliner Platz, den 3. Januar, abends 7 Uhr, findet im Hotel von Schön, Thielstraße 37, Görlitzer Str. eine wichtige Sitzung statt.

Freie Jugend, Moabit. Am Freitag, den 3. Januar, Versammlung mit Vorberatung bei Bild, Rosenthaler Str. 27.

4. Januar:

Steglitz, Sonnabend, den 4. Januar, abends 8 Uhr, im Hotel „Zum Krug“, Ringstraße 6, Görlitzer Str. 52, eine Versammlung mit Vorberatung statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.: Amt Dorfplatz, 1023, 3578.

Büro: Ringstraße 30.

Bertrauensmännerversammlungen:

Wilmersdorf Osten 2:

Montag, den 6. Januar, abends 7 Uhr, bei Hach, Wiesenhauerstraße 61.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission.
2. Bericht der Vertreterleute.
3. Verbands- und Bezirksangelegenheiten.

Kauferarbeiter:

Montag, den 6. Januar, abends 5 Uhr, bei Wiedermann, Große Frankfurter Str. 16.

Der Betrieb muß in dieser Versammlung durch einen Vertreter vertreten sein. Die Fragestellungen sind dort zurückzugeben.

Branchenversammlungen:

Bezirk Weißensee:

Sonntag, den 5. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Dr. Dräger, Weißenseer Str. 122. Versammlung der Wiederkäuer und Fleißer.

Tagesordnung: 1. Wahl der Kontrollkommission.
2. Verbandsangelegenheiten.

Nahrungsmacher:

Montag, den 6. Januar, abends 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Gneisenau 15. Die Tagessitzung wird in der Sitzungsräume stattfinden. Polizeihilfe und öffentliches Erscheinen aller in der Branche Beschäftigten unbedingt notwendig.

Wilmersdorf Norden, Rosenhauer und Schönhauser Vorstadt:

Mittwoch, den 7. Januar, abends 6 Uhr, bei Wiedermann, Schwerter Str. 23.

Tagesordnung: 1. Bericht des Obmanns.
2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.
3. Wahl der Kommission.
4. Verschiedenes.

In dieser Versammlung sind auch alle im Bezirk wohnenden arbeitslosen Kollegen eingeladen. Mitgliedsbeiträge ist mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.

Kameraden!

Eröffnung

Massendemonstration

der Jahrgänge 26-30 am Sonntag, den 5. Januar, um 2 Uhr, in der Siegessäule.

Wir fordern: Sofortige völlige Demobilisation.
Sofortige Bildung einer roten Armee.

Komm in Massen!

Reichsregierung der Jahrgänge 26-30.

Spartakusleute Neukölln!

Freitag, den 3. Januar, abends 8 Uhr, in nachfolgenden Salalen wichtige Besprechungen:

Ritter, Thüringer Straße 18,
Schwedter, Weissestraße 14,
Grimm, Pariserstraße 14,
Zeischa, Nagelfuß 31.

zu besetzen.

Soldaten!

Montag, den 5. Januar, vormittags 11 Uhr,

Öffentliche Versammlung

in den Meister-Gälen, Kaiser-Wilhelm-Straße.

Thema:

„Was will der rote Soldatenbund?“

Referent: Marx.

Freie Aussprache.

„Der rote Soldatenbund“

Befreiung 14.